

CHRISTINE OSTROWSKI

PDS und Bürgernähe

August 1993, Aktionstag in Bischofferode, zur Unterstützung der Kalikumpel, die seit Tagen im Hungerstreik sind. Auch ich bin den 13. Tag im Hungerstreik. Auf dem Gelände die übliche »linke« Volksfeststimmung: Infostände von PDS bis MLPD, Transparente, Kleiner Buchladen, das ND, Musik aus der Konserve, Bratwurst (Thüringer!) und Broiler, Kameras und Mikrofone. Inmitten tausender Solidaritäts-Bekunder halten vier gut im Fleisch stehende junge Männer ein großes Transparent. Es ruft den hungernden Kumpeln zu: »Haltet durch! Es geht uns alle an!«

Uff!

Auf dem »Kommunalpolitischen Parteitag« der PDS 1996 in Magdeburg wird der Antrag, aktive Kommunalpolitiker bevorzugt zur Diskussion sprechen zu lassen, von den Delegierten mit Mehrheit abgelehnt. Es ist jener Parteitag, auf dem auch unwidersprochen der denkwürdige Satz fällt, daß Kommunalpolitik das Einfallstor der Reaktion sei.

Das Wort *Bürgernähe* wird von PDS-Politikern allenthalben benutzt, in guter Absicht und mit ehrlicher Überzeugung. Aber was bedeutet es? Ständig »vor Ort« zu sein? Regelmäßige Sprechstunden im Wahlkreis abzuhalten? Auf Demos gemeinsam mit den Bürgern zu protestieren? Gummibärchen und Kondome vor Gymnasien zu verteilen? Sind Zeichen der *Bürgernähe* markige Sprüche auf Plakaten, beispielsweise »Es reicht!«? Oder Infostände vor Einkaufszentren? Oder Bürgerversammlungen und Rechtssprechstunden?

Das alles gehört zum politischen Geschäft. Das alles wird getan, und zwar in Sinuskurven, auch bei der PDS. Geringe Aktivität in Zwischenwahlzeiten, große in Wahlzeiten. Aber *Bürgernähe* ist es nicht. Nicht wirklich.

Dem Bürger nahe sein ...

Ja, welchem Bürger eigentlich? Diese Frage wird selten gestellt. Meist gehen alle irgendwie davon aus, daß man denselben Bürger meint. Aber auch in der PDS ist *Bürger* nicht gleich *Bürger*.

»Meine Öffentlichkeit ist die Linke«, hielt mir Hans Modrow in einer Sitzung des Parteivorstandes Anfang 1993 entgegen – einer Krisensitzung wegen meines Treffens mit dem Führer einer rechten Partei. Ich war mit diesem zusammgekommen, um zu versuchen, den damals gängigen regelmäßigen Schlägereien zwischen linken und rechten Jugendlichen in einem Dresdner Jugendklub ein Ende zu setzen. Nach der Sitzung trat ich von der Funktion der stellver-

Christine Ostrowski – Jg. 1945, Immobilienmanagerin, Sachsen Treuhand GmbH; Stadtvorsitzende der Dresdner PDS von 1990 bis 2000, Mitglied des Sächsischen Landtages 1994-1998 und des Deutschen Bundestages 1998-2002 (jeweils wohnungspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion), Stadträtin in Dresden seit 1994; zuletzt in »UTOPIE kreativ«: Teilnahme an der Debatte »Alternative Politik ohne Neues Denken?«, Heft 41/42 (März/April 1994), S. 141-144.

tretenden Bundesvorsitzenden zurück, kam damit der unvermeidlichen Abwahl zuvor.

Bei Modrows Feststellung fiel es mir damals wie Schuppen von den Augen. Bis zu diesem Moment hatte ich mir nie ernsthaft einen Kopf gemacht, wer Adressat von PDS-Politik ist, es offenbar jedoch ganz unbekümmert völlig anders praktiziert, als es der Ehrenvorsitzende für richtig hielt. In meinen damaligen Aufzeichnungen notierte ich: *»Sie kann nichts anfangen mit solchen Bemerkungen wie mit denen von Modrow, seine Öffentlichkeit sei die Linke. Ihre Öffentlichkeit sind die Bürger, schon immer, und sie hat sich in ihrer Politik in Dresden immer bemüht, auf die Bürger zu setzen und nicht auf die Minderheit der Linken und sie weiß, daß sie gerade deshalb erfolgreich war. Und irgendwie spürt sie, daß sie grundsätzlich anders an Politik herangeht als die meisten der anwesenden Vorstandsmitglieder.«*

1993 liegt sehr weit zurück, aber diese grundsätzliche Differenz, die mir damals zum ersten Mal so blitzartig klar wurde, begleitete mich in meiner gesamten politischen Laufbahn und begegnet mir bis heute. Sie hat sich gar weiter zugespitzt.

Als ich Mitte der 90er Jahre in Dresden eine PDS-Mittelstandsvereinigung gründete, bekam ich zu hören, daß die PDS Politik nicht für »Unternehmer« und »Kapitalisten« mache.

Als wohnungspolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, die sich angesichts des horrenden Wohnungsleerstandes für den Erhalt der ostdeutschen kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen engagierte, wurde mir ganz ähnlich mehr als einmal der Vorwurf gemacht, daß die PDS Politik für Mieter mache, nicht für Vermieter. Öffentlich für persönliches Wohneigentum und kleine Hauseigentümer einzutreten ist innerparteilich sowieso bis heute eine kitzlige Angelegenheit – selbst unter PDS-Mandatsträgern, die sich, begünstigt durch ihre finanziell gute Lage, längst ein eigenes Häuschen geleistet haben. Nicht selten mußte ich bangen, ob entsprechende, von mir erarbeitete Anträge und Gesetzentwürfe bereits in der Fraktion die erforderliche Mehrheit erhalten würden.

Doch hinter der Frage, welchen *Bürger* man »zu vertreten« meint, versteckt sich in der Konsequenz, welche Sicht man auf Politik und Gesellschaft hat, verbirgt sich letztlich, wie *nah* man dem *Bürger* wirklich ist.

Versteht man sich ausschließlich als Interessenvertreter einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe, kann man im Grunde ungerührt all das zum politischen Ziel erklären, von dem man *meint*, daß es im Interesse dieser Gruppe liegt. Daß man damit bei den Adressaten gut ankommt, scheint sicher. Aber – und das ist das eigentliche Problem: Mögliche negative Folgen einer denkbaren Realisierung solcher Ziele glaubt man nicht bedenken zu müssen.

Ein aktuelles, besonders prägnantes Beispiel dafür befindet sich im Mieter-ABC, herausgegeben vom Parteivorstand im Wahlkampf 2004. Dort ist mit Blick auf das Überangebot an Wohnungen in Ostdeutschland zu lesen: *»Statt nun die Mietpreise zu senken, um unterversorgten Familien und Wohnungslosen eine Chance auf Verbesserung ihrer Wohnsituation ermöglichen zu können, setzen sie (die Vermieter – C.O.) vor allem auf Marktberreinigung durch Abriß.«*

»Unsere wichtigen Politikfelder liegen in der AUßERPARLAMENTARISCHEN ARBEIT! Das ist unserer Meinung nach der Schlüssel, die PDS zu einer basisdemokratischen Bewegung umzuformen, die vorhandene »Leere« in der Parteiarbeit mit konkretem Inhalt auszufüllen und von der PDS-Nabelschau wegzukommen.

Wir sehen drei Säulen der außerparlamentarischen Arbeit.

Erstens: Alle Formen der direkten Demokratie, mit denen interessierte und betroffene Bürger unmittelbar Einfluß auf Entscheidungen nehmen. Dazu gehören neben den »klassischen« Formen Volksabstimmung/Volksentscheid auch konkrete Aktionen (Proteste, Demonstrationen, Mahnwachen, Unterschriftensammlungen, ziviler Ungehorsam, Streiks, Käuferboykotts usw.).
Zweitens: Erweiterung der Mit- und Selbstbestimmung in der beruflichen Tätigkeit (Gewerkschaften, Räte aller Art, Berufsverbände usw.), einschließlich der (Re)Integration Arbeitsloser und sogenannter sozialer Randgruppen.

Drittens: Projekte, in denen selbstorganisierte, selbstbestimmte Gemeinschaften alternative Wirtschafts- und Lebensformen entwickeln und erproben.

Unserer Auffassung nach ermöglicht die Arbeit in Projekten (Ökodörfer, kommunale Projekte wie z. B. Frauen- und Jugendhäuser, Lebenshilfe, Selbsthilfegruppen, Kinderprojekte, Bildungsprojekte, kulturelle Zentren, Kommunikationszentren usw.) eine partielle Veränderung der Gesellschaft von unten, Selbstverwirklichung und Selbst-

Veränderung der Beteiligten sowie eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für alternative Lebensweisen und damit verbundene Werte. Projektarbeit ist für uns das PROBIERFELD für eine künftige Gesellschaft, die Schaffung von Freiräumen und Ausweichmöglichkeiten in der jetzigen Gesellschaft. Dabei geht es uns nicht um »PDS«-Projekte, sondern um solche, in denen sich Menschen zusammenfinden, die eine bestimmte Lebensweise praktizieren wollen, also alternative linke Projekte.«

Aus den »Diskussionsthesen der Dresdner Plattform«, Dezember 1990, unterzeichnet von Christine Ostrowski, Ronald Weckesser, Jürgen Kluge, Bernd Koschitzki, Peter Froberg, Henry Friebe, Thomas Müller, Peter Franz, Friedrich Boltz, Christina Wopat, Ralf Wopat, hier zitiert nach: Christine Ostrowski: Im Streit, Dingsda-Verlag Cornelia Jahns Querfurt 1993, S. 50.

Die Autoren des Papiers benutzen hier die Gruppe der »unterversorgten Familien und Wohnungslosen« – das ist ein momentan vergleichsweise winziger Teil der Bürger –, um Mietpreissenkungen zu propagieren und sich gegen Wohnungsabriß zur Wehr zu setzen. Da kommt Freude auf, man darf sich im Wohlwollen der Adressaten sonnen, denn niemand wird gegen Mietsenkungen protestieren, auch niemand aus der Gruppe der finanziell Bessergestellten.

Aber die gesellschaftlichen Folgen einer solchen Politik wären verheerend: Den Wohnungsunternehmen würde der Konkurs drohen, kommunales und genossenschaftliches Eigentum würde den Bach runter gehen, während sich Kapitaleigentümer – und diesmal »richtige« – gegen einen bescheidenen Obolus im ostdeutschen Wohnungsmarkt breit machen und anschließend mit Dumpingmieten auch noch den Rest der Wohnungswirtschaft zugrunde richten würden. Den »unterversorgten Familien und Wohnungslosen« und darüber hinaus der gesamten ostdeutschen Mieterschaft hätte man damit den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen; man hätte *gegen* ihre Interessen gehandelt. Und so entpuppt sich obiges Zitat, das auf den ersten Blick wahnsinnig *bürgernah* klingt, als das ganze Gegenteil. Nämlich *bürgerfern*. Und es ist Populismus pur.

Natürlich ist es legitim, nur bestimmten Bürgern »nahe zu sein«, nur Teilinteressen zu artikulieren. Schadlos vor allem, solange man in Opposition ist. Unter Umständen kann diese Politik sogar *richtig* sein. Obwohl es schon vorgekommen sein soll, daß man sich in Zeiten der Opposition nur unzulänglich auf das Tragen der Verantwortung für einen Gesamtorganismus vorbereitet hatte und vom plötzlichen Regieren-Müssen überrascht wurde.

Teilinteressen zu vertreten ist nicht meine Sicht. Auch und gerade eine linke Partei muß, wenn sie bürgernah sein will, den Gesamtorganismus Gesellschaft und damit *alle Bürger* und deren vielfältige, zum Teil divergierende Interessen im Blick haben. So schwierig das auch sein mag.

Denn es hat *immer* Folgen, wenn man in so komplexe Gebilde eingreift, wie es moderne Gesellschaften sind. Ein in bester Absicht verfolgtes Ziel kann sich in sein Gegenteil verkehren und damit gegen große Teile der Bevölkerung richten. Daß die Gefahr ungewollter Wirkung besonders groß ist, wenn man sich in der Politik von partiellen Interessen leiten läßt, steht für mich außer Frage. Schließlich und endlich kann man, will man Demokrat sein und bleiben, Politik nicht gegen Mehrheiten durchsetzen. Letztere Sicht ist nur ein anderer Ausdruck für *Bürgernähe*.

Direkte Demokratie

Nun scheint gerade das unstrittig: Volksbegehren und Volksentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind schließlich von der PDS vehement vertretene Instrumente direkter Demokratie. Und bekanntlich praktiziert man mit diesen Formen *Bürgernähe pur*.

Doch kühn ist das Wort oftmals nur, wenn es die Tat nicht sein muß. Auch die Haltung zu solchen geheiligten Grundwerten gerät ins Wanken, wenn Gefahr besteht, daß das Volk anders entscheidet, als es PDS-Politiker für richtig halten. Mithin *falsch*.

So geschehen in Dresden, in jener Stadt, in der seit nunmehr acht Jahren ein verbissener politischer Streit um eine Brücke tobt, die Waldschlößchenbrücke. Die PDS ist aus guten Gründen Gegnerin dieses Brückenbaus, die CDU ist dafür – aus ihrer Sicht ebenfalls aus guten Gründen.

Im alten Stadtrat beantragte die PDS einen Bürgerentscheid darüber, ob der Bau dieser Brücke in der angespannten Haushaltssituation begonnen werden solle. In der sicheren Gewißheit, daß die CDU mit ihrer Mehrheit diesem Anliegen keinesfalls zustimmen würde. Doch mittendrin kam die Kommunalwahl, und alles wurde anders. Die CDU sackte jämmerlich ab, plötzlich ergab sich im neuen Stadtrat eine linke Mehrheit der Brückengegner: PDS, Grüne, SPD und Bürgerliste.

Doch die letzte Sitzung des alten Stadtrates fand zwar schon nach der Wahl, jedoch noch mit den alten Mehrheiten statt, und unter anderem stand der Antrag der PDS zum Bürgerentscheid auf der Tagesordnung. Die CDU, die noch wenige Wochen zuvor den Antrag der PDS mit großer Geste vom Tisch gewedelt hätte, ließ verlauten, daß sie einem Bürgerentscheid zustimmen werde. Und auf der anderen Seite griffen die tapferen, ewigen Kämpfer für Aufklärung, Selbstbestimmung und Basisdemokratie – diverse Bürgerinitiativen der Brückengegner sowie die Grünen – skrupellos zum Mittel von Telefonterror und organisierter Internet-Kampagne, um die PDS zu bewegen, den Antrag zu einem Bürgerentscheid in der Brückenfrage zurückzuziehen.

Dieser Meinungsterror wäre zu ertragen gewesen – so ist eben Politik –, wenn nicht die Gefahr bestanden hätte, daß ihm auch Politiker der Dresdner PDS zu erliegen drohten. Daß sie drauf und dran waren, den Grundwert Bürgerdemokratie über Bord zu werfen. Allein aus der Befürchtung heraus, daß das Volk auf jeden Fall *für* die Brücke votieren werde. Man müsse die Brücke jedoch um jeden Preis verhindern. Und das solle man nun besser dem neuen Stadtrat überlassen, dort habe man schließlich eine frisch gewählte, demokratisch legitimierte Mehrheit. Vergessen war, daß man stets beklagt hatte, wie eine CDU-Mehrheit jahrelang über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden hatte.

Am Ende ist es nicht so gekommen, doch es war ein zähes Ringen, und es bedurfte eines gerüttelten Maßes an Argumenten, um vorerst »die Eigenen« zu überzeugen. Und es erforderte ein noch größeres Maß an taktischem Scharfsinn und politischer Erfahrung, um die aufregende und öffentlich stark beachtete Stadtratssitzung ohne Gesichtsverlust zu überstehen.

In meiner Amtszeit als Stadtvorsitzende gehörte ich zu den Initiatoren von immerhin vier Bürgerbegehren. Und engagierte mich auch bei Bürgerbegehren, die von anderen initiiert wurden. Als prominente Gegnerin der stadtschneidenden Trasse der Autobahn 17 kämpfte ich mit der Dresdner PDS anläßlich eines von der CDU in Gang gesetzten solchen Begehrens dafür, eine Mehrheit der Bürger für unsere Position – also gegen die Trasse – zu gewinnen. Zwei der von uns initiierten Bürgerbegehren haben wir zum Erfolg geführt, den Bürgerentscheid zur Autobahn gewann die CDU.

Das mag enttäuschend sein. Doch kein noch so hehres Ziel rechtfertigt es, sich für dessen Durchsetzung im Zweifelsfall auf parla-

»Eine der heftigsten Auseinandersetzungen in der PDS-Diskussion um das Programm 1992/93 betraf das Verhältnis von Partei und Bewegung im allgemeinen und zu Bewegungen außerhalb der PDS sowie die Haltung zum außerparlamentarischen Kampf im besonderen. Die PDS und ihre Mitglieder griffen damit Debatten der 68er Bewegung in Westdeutschland und Westberlin auf, die zentrale Fragen linker Politik und das Verhältnis zu den existierenden Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft betrafen.

In der Programmdiskussion zeigten sich durchaus bedeutende Gemeinsamkeiten: Es war erstens Konsens, daß die PDS den Antiparlamentarismus in der kommunistischen Bewegung überwinden wollte. Die parlamentarische Demokratie wird von der PDS nicht als abzulehnende politische Institution, sondern als zivilisatorische Errungenschaft angesehen, deren offensichtliche Krise konstruktiv gelöst werden muß. Zweitens stimmte die PDS darin überein, daß die Haltung der PDS zu sozialen Bewegungen emanzipatorisch geprägt sein muß, sie also Gewerkschaften, die Frauenbewegung und andere Bewegungen nicht als »Transmissionsriemen« (Lenin) ihrer Politik benutzen will. Drittens war es gemeinsame Position, daß ohne Veränderung des geistigen und politischen Klimas in der Gesellschaft, ohne öffentlichen Druck und starke emanzipatorische Bewegungen (weitreichende Veränderungen in der ›Zivilgesellschaft‹) keine fortschrittlichen gesellschaftlichen Veränderungen denkbar seien.«

André Brie, Michael Brie,

Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann, Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, hrsg. von Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Dietz Verlag Berlin 1997, S. 319-320.

mentarische Mehrheiten zurückzuziehen – in der Annahme, besser zu wissen, was gut für den *Bürger* ist. Auch Linke sind nicht unfehlbar.

Objektives Handicap

Dem *Bürger* kommt man – genau genommen – dann am nächsten, wenn man in ähnlicher Lage lebt wie dieser, wenn folglich die soziale Zusammensetzung der Partei annähernd dem Querschnitt der Bevölkerung entspricht. Daß das bei der PDS nicht so ist, scheint eine Binsenwahrheit. Doch es schadet nichts, sich die Fakten immer wieder bewußt zu machen.

Die sächsische PDS mit ihren 17 572 Mitgliedern hat ein Durchschnittsalter von 68 Jahren (Stand 2003). Das weicht signifikant vom Durchschnittsalter der sächsischen Bevölkerung ab, das bei 44 Jahren liegt.

Der Anteil der sächsischen PDS-Mitglieder, die sich im Rentenalter befinden, liegt bei knapp 70 Prozent. Darüber hinaus ist von der ohnehin bescheidenen Gruppe der Mitglieder im erwerbsfähigen Alter ein Großteil ohne Arbeitsplatz.

Ohne jemandem zu nahe treten zu wollen: Das alles spricht dafür, daß die soziale gesellschaftliche Kommunikation des überwiegenden Teils der Mitgliedschaft außerordentlich stark reduziert ist. Der Alltag der meisten Mitglieder spielt sich im wesentlichen *außerhalb* der üblichen gesellschaftlichen sozialen Beziehungen ab. Die PDS befindet sich in einem relativ geschlossenen Kommunikationskreis.

Der hat die Tücke, daß man im Grunde immer wieder mit denselben Leuten kommuniziert, daß man sich die eigenen Ansichten und Anschauungen gegenseitig immer wieder aufs Neue bestätigt und man deshalb leicht dazu neigt, diese für die Ansichten und Anschauungen der *Bürger* zu halten.

Auch bei den Dresdner Wahlkampfveranstaltungen der PDS-Direktkandidaten für die Landtagswahlen 2004 war das wieder offensichtlich. In der Regel waren die Mitglieder der zuständigen Basisgruppen und eine Handvoll allseits bekannter Sympathisanten zu diesen Veranstaltungen anwesend.

Nur eine Veranstaltung fiel deutlich aus diesem Rahmen heraus: Eine Dresdner Direktkandidatin, außerdem eine der wenigen Unternehmerinnen in der PDS, lud zur Feier ihres 10jährigen Firmenjubiläums. Bei ihr tummelten sich rund 200 Bürger aller Schichten, aller politischen Richtungen, aller Altersklassen und Geschlechter.

Wie die Vergangenheit zeigt, gelang es trotz guter Absichten und enormer Anstrengungen nicht, die soziale und altersmäßige Zusammensetzung der PDS nachhaltig zum Positiven zu verändern. Auch Gabi Zimmers Mahnung auf dem Cottbusser Parteitag 2000 – und diese ließ es an Deutlichkeit nicht fehlen – blieb diesbezüglich folgenlos: »*Wir brauchen Vertreter aller Generationen in unseren Reihen – und nicht nur, weil wir sonst auszusterben drohen. (...) Wir brauchen vor allem die Vertreter der mittleren Generation, die der 35- bis 51Jährigen: Sie wissen, wie die Uhren hierzulande ticken. Ihr Wissen, ihre Fähigkeiten fehlen der Partei besonders.*«

Hinreichend sicher kann man davon ausgehen, daß die PDS auch zukünftig kaum Mitglieder in ihren Reihen haben wird, die wissen,

wie die Uhren hierzulande ticken. Die Mitgliedschaft wird weiter altern, die Partei droht, auszusterben und wird sich vom *Bürger* damit (objektiv) noch weiter entfernen.

Rolle der Politiker

Umso wichtiger ist die Rolle der PDS-Politiker. Sie haben in der Partei naturgemäß die Meinungsführerschaft, tragen besondere Verantwortung für *Bürgernähe*. Doch gerade sie laufen auch besondere Gefahr, sich vom Bürger zu entfernen und sich vom Leben abzuheben, ohne daß sie dies beabsichtigen. Denn auch sie sind den größten Teil ihres politischen und parlamentarischen Alltags unter sich, auch ihre Kommunikation ist weitgehend geschlossen, selbst wenn sie dies heftig abstreiten.

Es war 1990 (man beachte: erst 1990!). Ich war für die kurze Übergangszeit bis zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl Abgeordnete des Bundestages, der damals seinen Sitz noch in Bonn hatte. Am Nachmittag machte ich einen Stadtbummel und kam dabei an eine Boutique, an deren Eingang ein Wühltisch aufgebaut war. Welche Frau kann schon an einem Wühltisch vorbeigehen. Ich kramte also unter den Pullovern – einer schöner als der andere – und fand einen, ohne den ich das Geschäft nie und nimmer zu verlassen gedachte. Ich marschierte zur Kasse und zahlte völlig selbstverständlich rund 300 DM. Gekauft!

Erst später wurde mir bewußt, was mir soeben unterlaufen war: Ohne einen einzigen Gedanken an den Preis hatte ich für einen Pull-over vom Wühltisch (!) 300 Mark hingeblickert, weil diese Summe gemessen an meinen damaligen Diäten für mich völlig unerheblich war.

Ich kenne den Lebensalltag der Politiker aus eigener Erfahrung, sowohl auf Bundes- und Landesebene. Darüber hinaus habe ich heute den Vorteil, das PDS-Getümmel aus der Distanz beobachten zu können. Das macht den Blick frei, recht gut zu sehen, wie PDS-Politiker, ihre Äußerungen, ihre Aktivitäten beim *Bürger* ankommen. Und ob überhaupt.

Eine Reihe Politiker sind mittlerweile ohne Unterbrechung 14 Jahre lang Abgeordnete in Landtagen und werden es, zum Beispiel in Sachsen, noch für weitere fünf Jahre sein. Einen regelrechten *Lebensabschnitt* haben sie damit in der verantwortungsvollen, aber sozial gut gesicherten und gesellschaftlich anerkannten Position des Parlamentariers zugebracht, quasi die gesamte Umbruchzeit seit der Wende, mit ihren sozialen und strukturellen Verwerfungen, denen sich Millionen nicht so leicht entziehen konnten. Für nicht wenige von ihnen ist es mittlerweile der letzte große Lebensabschnitt *vor dem Renteneintritt*.

Für eine angemessene, vernünftige Rotation bin ich immer eingetreten. Drei Wahlperioden, in Landtagen oder im Bundestag, scheinen mir – auch heute noch – in der Regel ausreichend. Eine, um sich einzuarbeiten, die zweite, um das angeeignete Wissen voll zu nutzen, die dritte, um Nachfolger einzuarbeiten. Eine entsprechende PDS-Regelung habe ich mir folglich gewünscht. Doch dazu ist es bisher nie gekommen. Offenbar waren die Eigeninteressen der Politiker stärker, auch gab es auf Parteitagungen nie entsprechende Mehrheiten.

»Die Frage des Verhältnisses von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf wurde im Programm letztlich nicht konkret beantwortet. Die Frage von Partei und Bewegung dagegen war bereits im Statut zugunsten einer Dialektik von Partei und Bewegung entschieden worden: Ausdruck dessen war die Übertragung von Mitgliederrechten auf Nichtmitglieder. Die Arbeits- und Interessengemeinschaften, die sich in besonderem Maße als Partner für soziale und andere Bewegungen entwickeln sollten und zumindest teilweise aktiv in ihnen mitarbeiten, wurden politisch und organisatorisch hervorgehoben. Sie sind offene Strukturen der PDS, um entsprechend konkreter Interessen in emanzipatorischen Bewegungen mitwirken und die Politik der PDS mitgestalten zu können. Sie sind Subjekte

- konkreter Bündnispolitik, regional, bundesweit und international;
- der Mobilisierung von externem Sachverstand;
- der Stärkung und Vernetzung emanzipatorischer Bewegungen;
- für die Entwicklung und Gestaltung alternativer Kultur;
- der Verbindung zwischen außerparlamentarischem und parlamentarischem Kampf und zwischen analytischer und konzeptioneller Arbeit.«

Ebenda, S. 321.

»Die PDS entstand aus der Bewegung von SED-Mitgliedern gegen das Politbüro und das Zentralkomitee im November 1989 und tausendfacher, wenngleich sehr später Beteiligung an der Volksbewegung des Herbstes 1989. Ihre Mitglieder haben in den vergangenen Jahren zwei wichtige Erfahrungen im zivilgesellschaftlichen Kampf gesammelt: Erstens: Dort, wo die PDS auf Menschen zugeht, die sich gegen Ungerechtigkeit wehren, erfährt sie zumeist Aufgeschlossenheit. Menschen, die zu kämpfen begannen, gewinnen selbst Einsichten in die komplexen, oft verborgenen Funktionsmechanismen und Herrschaftsstrukturen der Gesellschaft. Wer bei ihnen ist, kann mitlernen. Zweitens: Die PDS konnte und kann sich als Partnerin für Kämpfende erweisen durch

- Bereitstellung von Infrastruktur und Dienstleistungen bei der Vorbereitung und Durchführung politischer und anderer Aktionen;
- Mobilisierung von Kompetenz in Sachfragen und zur Entwicklung alternativer Konzepte;
- Herstellung von Öffentlichkeit (einschließlich parlamentarischer) und Aufklärung des öffentlichen Bewußtseins über Tatsachen und Zusammenhänge;
- Organisation von Solidarität.

Ebenda, S. 321-322.

Das Problem »Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen« ist allerdings auch mit meinem Vorschlag nicht zu lösen, das sei zugestanden.

Allerdings haben die PDS-Politiker der »ersten Generation« einen großen Vorzug, auch wenn sie ihre Tätigkeit als Abgeordnete bis heute ununterbrochen ausüben. Sie, die zu Wendezeiten um die 40 waren, hatten bereits ein gerüttelt Maß Lebenserfahrung, waren im Leben verwurzelt, wenn auch in einer anderen Gesellschaft. Sie hatten eine qualifizierte Ausbildung, waren an verantwortlicher Stelle tätig, hatten Familie, Kinder geboren und großgezogen. Sie wußten, was es heißt, reale Verantwortung zu tragen – von Anfang bis Ende. Eine Sache nicht nur zu beginnen, sondern sie auch zu Ende zu führen – unter Umständen, die anders und zum Teil komplizierter waren, als sie es heute sind. Das hat sie und ihre Charaktereigenschaften geprägt.

Dieser Lebenserfahrung der ersten Politikergeneration der PDS ist das Überleben und nachfolgende Sich-Etablieren der PDS maßgeblich geschuldet. Mögen Begriffe wie »Pflichtbewußtsein« und »Arbeitsdisziplin« vielen – insbesondere Jüngeren – suspekt sein: Ich nenne sie ganz bewußt und plädiere für ihre Renaissance. Denn Politik ist Arbeit, harte Arbeit.*

Die neue Politikergeneration

Mittlerweile ist auch die Nachwende-Politiker-Generation der PDS auf dem Weg zum Berufspolitiker. Zur Wende jugendlich oder fast noch Kind, stürzt man sich heute zum Teil bereits in die nächste oder übernächste Wahlperiode. Man hat also seinen ersten großen Lebensabschnitt *nach dem Kindesalter*, bevor man richtig ins Leben gerochen hat, sofort als Politiker begonnen. Und man hat diesen Abschnitt in der Regel nicht begonnen, um ihn so schnell wie möglich wieder zu verlassen. Denn auch in der PDS gilt: einmal Politiker, immer Politiker.

Zur PDS bzw. in ihr Umfeld oder ihre »Vorfeldvereinigungen« kamen diese jungen Leute im allgemeinen nach ihrer Schulausbildung, meist vor dem Abschluß eines Berufs oder Studiums, selten danach. Sie erhielten teilweise (gering) bezahlte Arbeitsplätze, z. B. in Wahlkreisbüros, Vereinen etc. Ihr Lebensmittelpunkt in der Zeit *vor* ihrer Wahl in Ämter und Mandate war nach Elternhaus, Freundeskreis und Schule ausschließlich die PDS und ihr Umfeld. Dieser Alltag setzt *nach* der Übernahme von Mandaten und Funktionen nahtlos fort.

Bei dieser Generation der jungen und jüngeren PDS-Politiker, die z. B. auch in Sachsen bereits wichtige Funktionen und Mandate innehaben, ist mir erst in letzter Zeit so richtig klar geworden, daß ihnen gerade diese oben genannte Lebenserfahrung fehlt – aus meiner Sicht die unentbehrliche Grundlage für wirkliche *Bürgernähe*. Natürlich ist ihnen das nicht vorzuhalten, sie fehlt ihnen altersbedingt. Zu kritisieren ist jedoch, daß ihr Umfeld es ihnen so leicht macht, den scheinbar am meisten Erfolg versprechenden, den bequemsten Weg einzuschlagen – ohne Berücksichtigung negativer Folgen. Im Nacken die ungünstige Altersstruktur der Mitgliedschaft mit ihren unausweichlichen Konsequenzen. »*Geschlagen ziehen wir*

nach Haus, die Enkel fechten's besser aus!« heißt das unausgesprochene Motto.

Gerade in den jungen Lebensjahren, in denen die Persönlichkeit für ein ganzes Leben geprägt wird, sind ihr soziales Umfeld und ihre soziale Kommunikation auf die PDS reduziert. Das Leben außerhalb dieses engen Kreises kennen sie nur durch Stippvisiten, dort mußten sie sich nie wirklich behaupten – im Gegensatz zu den Politikern der ersten Generation.

Wenn eine 17jährige Abiturientin für einen aussichtsreichen Listenplatz nominiert wird und mit 18 gesichert in den Landtag einzieht, steht das als besonders prägnantes Exempel für eine Personalpolitik, die ich jedoch auch aus der Sicht von *Bürgernähe* für verfehlt halte. Da ist es vorerst zweitrangig, daß es bei ihrer und der Nominierung anderer Jugendlicher formell »korrekt« (das heißt satzungskonform) zugeht: Der Landesjugendtag der »PDS-Jugend Sachsen« ist laut Satzung Gliederung des Landesverbandes und hat Vorschlagsrecht.

Das eigentliche Kernproblem ist, daß sich von den rund 300 Jugendlichen der sächsischen PDS unter 30 nur knapp über 40 an dieser Veranstaltung beteiligten und ihr Votum abgaben. Eigentlich darf man es gar nicht zu Ende denken, denn letztlich hatten damit *gerade einmal zwei Promille* der Mitgliedschaft der sächsischen PDS einen Einfluß, der es ermöglicht, neun Bewerber auf den umstrittenen ersten 40 Plätzen der Landesliste unterzubringen und für fünf von ihnen je eines der insgesamt schwer errungenen einunddreißig Landtagsmandate zu sichern. Wenn schon die gesamte PDS in ihrer sozialen Struktur fernab vom Querschnitt der Bevölkerung liegt, trifft dies auf diesen winzigen Teil der Partei – wenn auch auf völlig andere Weise – erst recht zu.

Ich habe viele Jahre lang in Dresden sehr energisch politischen Nachwuchs gefördert. Die hier beschriebene Problematik ist keine Abkehr von dieser Position, keine »neue, bessere Einsicht«, wohl aber ein Plädoyer für eine verantwortungsbewußtere Förderung, als sie mir in meiner aktiven Zeit selbst gelungen ist. Denn schon die Institution »PDS-Jugend Sachsen« repräsentiert nicht mal die sächsische PDS-Jugend – wer sich nicht in den einschlägigen »Strukturen« bewegt, hat nicht den »richtigen Stallgeruch« und demzufolge dort keine Lobby. Und erst recht repräsentiert diese »PDS-Jugend Sachsen« nicht »die Jugend« Sachsens. Nicht einmal annähernd.

Zwei Gymnasiasten, die in der Zeit des Wahlkampfes eine Belegarbeit über die PDS schrieben und sich selbst eher links verorteten, konnten insgesamt über das Jugendwahlprogramm der »PDS-Jugend Sachsen« nur die Köpfe schütteln. Insbesondere über Sätze wie »Rausch ohne Reue«.

Ich bin als langjährige Dresdner Stadtvorsitzende entschieden, doch leider oft genug ohne Erfolg, dafür eingetreten, daß den Jugendlichen wenigstens ein Berufs- oder Hochschulabschluß abverlangt werden sollte, *bevor* sie Politiker werden und dem Bürger alsdann verkünden, wo es ihrer Meinung nach lang zu gehen hat. Das gilt umso mehr, wenn Politik vollberuflich ausgeübt wird. Ganz zu schweigen von zu erwartenden Schwierigkeiten einer Rückkehr ins Leben »normaler Bürger«. Nicht ein jeder kann Außenminister werden.

»Ohne Zweifel sind 100 000 Unterschriften für Verfassung und Mietstop in Sachsen ein achtbarer politischer Erfolg der PDS. (...) Analysiere ich, dann komme ich auf folgendes Ergebnis: 14 000 PDSlerInnen in Dresden sammelten 55 000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren. Ein PDS-Mitglied hat also im Durchschnitt rund vierzehn BürgerInnen erreicht oder anders ausgedrückt: das Vierzehnfache der PDS-Mitgliederzahl wurde an Unterschriften eingebracht. (...) 2. Der Landesverband der PDS hat 45 000 Mitglieder. Bei 48 000 Unterschriften für die Verfassung ergibt sich annähernd ein Verhältnis von einem PDS-Mitglied zu Null BürgerInnen oder Null-Komma ... BürgerInnen, d. h., die Verfassungsunterschriften kamen im wesentlichen durch die eigenen Mitglieder zustande. So und nicht anders ist der Tatbestand. (...) Nur mal theoretisch angenommen, wäre im Landesverband als Zielstellung in der Verfassungsunterschriftenaktion pro Mitglied zehn Unterschriften gestellt und wäre dies entsprechend »geführt« und organisiert worden, hätten wir 450 000 Unterschriften erreichen können. (...) Beim Bürgerbegehren war (...) von vornherein eindeutig, daß wir ungeheuer viele PDS-Mitglieder bewegen mußten, ihre Scheu vor den Menschen zu überwinden: Denn die nötige Zahl der Unterschriften war durch den aktiven, aber kleinen Kreis der PDSlerInnen niemals zu erzielen. (...) Erst als wir, wild entschlossen, die zweite Tagung der Stadtdelegiertenkonferenz einberiefen und dort Klartext mit den GenossInnen sprachen

(Klartext hieß: über Opposition zu schwatzen, ist keine, sondern zur Opposition wird mensch, indem er handelt), gelang uns der Durchbruch.« Christine Ostrowski in einem Brief an den Landesvorsitzenden der PDS Sachsen, Peter Porsch, vom 22. Juni 1992, hier zitiert nach: Christine Ostrowski: Im Streit, a. a. O., S. 142-146.

Heute glaube ich zu wissen, daß eine solche Mindestforderung allein noch nicht ausreicht. Vielmehr müssen junge Leute in einem Beruf *gearbeitet*, ausreichend Erfahrungen auf kommunaler Ebene gesammelt oder auf andere Weise nachgewiesen haben, daß sie (sie ganz persönlich!) im Leben *außerhalb* der schönen kleinen PDS-Welt für eine Sache abrechenbar, konkret und erkennbar Verantwortung getragen, Konflikte bewältigt, Niederlagen eingesteckt und überwunden haben. Bevor sie den Weg des Berufspolitikers beschreiten.

Das liegt in ihrem Eigeninteresse, auch wenn das bestritten wird, aber auch im Interesse der PDS und ihrer *Bürgernähe*. Nur so wird annähernd zu gewährleisten sein, daß PDS-Politik nicht von Wünschen, sondern von Realitäten her zu entwickeln ist. Daß die PDS begreift, in welcher Welt sie lebt.

Die Sprache

Schließlich hat auch Sprache – in der PDS vernachlässigt, trotz moderner gewordenen Trainingskurse – mit *Bürgernähe* zu tun. Ja, vielleicht beginnt *Bürgernähe* gerade dort zuallererst.

Bärbel Romanowski schärfte mir wie allen anderen Bundestagsabgeordneten vor unseren Reden stets ein: »*Die Oma am Fernseher muß euch verstehen, niemand sonst. Ihr redet für sie, nicht für die Politiker im Plenarsaal.*« Sie hatte recht. Dem Volk mehr aufs Maul zu schauen, wäre unseren Politikern jedenfalls dringend zu empfehlen, und vorbeugend füge ich umgehend hinzu, daß dieser Lutherische Spruch nichts damit zu tun hat, dem Volk nach dem Munde zu reden.

»*Die Gesamtsituation ist unrockbar – wir bringen die Verhältnisse zum Tanzen*« steht als Überschrift über dem bereits erwähnten Jugendwahlprogramm der sächsischen PDS. Wie viele Bürger werden das verstehen, geschweige denn so sprechen?

Oder: »*Wer krank ist, wagt sich nicht mehr zum Arzt, aus Angst vor den Kosten. Das gab es in Sachsen schon sehr lange nicht mehr – daß man aus Furcht, die Medizin nicht bezahlen zu können, nicht zum Doktor geht!*« liest man im Landtagswahlprogramm. Hier ist zwar die Sprache verständlich, aber der Inhalt fiel üblicher PDS-Rhetorik und Übertreibung zum Opfer. Der *Bürger*, der eine solche Einschätzung liest, greift sich an den Kopf, denn natürlich sind auch in Sachsen die Wartezimmer der Ärzte nach wie vor voller Patienten.

Und schließlich kennt jeder das alltägliche Bild aus PDS-Veranstaltungen zur Genüge und seit Jahren: Der Redner ruft »*Gerade jetzt wird die PDS als konsequent sozialistische Partei links von der SPD gebraucht!*«, das Auditorium spendet begeistert Beifall. Keiner der Anwesenden hebt die Hand und fragt: »*Was, Genosse Politiker, meinst Du mit ›konsequent sozialistisch‹, und was bedeutet ›links von der SPD‹?*« Welch ein Glück, daß in solchen Veranstaltungen der *Bürger* in der Regel gar nicht erst nicht anwesend ist.

Der Untertitel des *Briefes aus Sachsen*, den ich 1996 gemeinsam mit Ronald Weckesser veröffentlichte, lautete *Für einen eigenen Weg statt ›links von der SPD‹*. Wir erläuterten darin ausführlich, was wir unter einem »eigenen Weg« verstehen. Vordergründig erreichte uns jedoch unisono ein Aufschrei, der sich auf die Floskel

reduzierte, daß diese Gesellschaft eine Partei »links von der SPD« eben *einfach brauche*.

Sprache und Denken bilden eine Einheit. Wer vom *Bürger* her denkt, vermeidet Partei-, Polit- und Klienteljargon und weiß sich verständlich, überzeugend und menschlich auszudrücken. Und es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Begrifflichkeit unserer Sprache uns die falschen Fragen stellen läßt und demzufolge auch die Antworten falsch ausfallen.

Mir ist so, als hätten sich – bis ein, zwei Jahre nach der Wende – die Papiere noch anders gelesen, die Reden noch anders angehört. Ich glaube, beobachtet zu haben, daß die damalige gesellschaftliche Ablehnung der PDS deren Repräsentanten zur Selbstkontrolle zwang, zu Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt im Gebrauch der Sprache. Daß man sich damals sehr in acht nahm, die Menschen nicht vor den Kopf zu stoßen mit einer Sprache, die in Schwulst und Bombast an die SED erinnerte. Diese Periode ist lange vorbei und damit, so mutet es an, auch die Selbstdisziplin im Sprachgebrauch.

Heute scheint es wieder auszureichen, zu versichern, daß der *Kampf gegen Sozialabbau in enger Verbindung zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit* unerläßlich sei, man endlich *Inhalte* brauche und man sich *Konzepten* zuwenden müsse, um den *Reichtum von oben nach unten zu verteilen*, am besten in einem *breiten linken Bündnis*.

Apropos *Bündnis*: Einer unserer Stadträte brachte es auf den Punkt. Er wünschte sich ein institutionalisiertes Bündnis der Linken. Mit der PDS als Zentrum, Grünen, SPD und Bürgerfraktion als deren Trabanten.

Sprache ist verräterisch. Gott sei Dank.